Anlage 1

Landesverband
Stand: 03.12.1991

Satzung für den
Reichsbund der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten,
Sozialrentner und Hinterbliebenen e. V.

Sitz Bonn
Beethovenallee 56-58
Bonn

§ 1 Name und Sitz

1. Die Organisation führt den Namen „Reichsbund der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e. V. (nachstehend Reichsbund) - Landesverband ...“
2. Der Sitz der Organisation befindet sich an einem Ort der in der Anlage aufgeführten Landesverbände.

§ 2 Unabhängigkeit und Neutralität

Der Reichsbund ist parteipolitisch und religiös unabhängig und neutral. Er ist Mitglied eines Spitzenverbandes der freien Wohlfahrtspflege.

§ 3 Zweck und Ziel des Reichsbundes

1. Der Reichsbund ist eine soziale, humanitäre und sozialpolitische Organisation, die sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat bekennt.
2. Der Reichsbund verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S.d. Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der AO. Zweck des Reichsbundes ist es, die Hilfe und Fürsorge für Behinderte, Sozialrentner, Hinterbliebene, Kriegs- und Wehrdienststopfer, Arbeitsunfallverletzte, Sozialhilfeempfänger und jugendliche

Behinderte zu fördern, um ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit zu erreichen und damit dem Gemeinwohl zu dienen. Der alle Mitglieder berührende und verbindende Vereinszweck hat das einheitliche und gemeinsame Ziel, entschädigungs-, sozialversicherungs- und sozialhilferechtliche Leistungen und Rechte, die den von dem aufgeführten Personenkreis ideell und materiell erbrachten Vorleistungen und einem dem Grad der Behinderung entsprechenden Nachteilsausgleich gerecht zu werden, durchzusetzen.

Der Reichsbund tritt für die Verwirklichung eines sozialen Europas ein.

Der Reichsbund setzt sich für die Erhaltung des Friedens ein und unterstützt Maßnahmen, die geeignet sind, Kriege zu verhindern.

3. Die Ziele des Reichsbundes sollen insbesondere verwirklicht werden durch:

- a) Vertretung der sozialen Interessen der oben genannten Gruppe gegenüber der Öffentlichkeit, dem Gesetzgeber, der Regierungen, Behörden und Verwaltungen,
- b) Beratung der Tarifpartner über die besonderen Bedürfnisse der oben genannten Gruppe,
- c) Zusammenarbeit mit anderen sozialen und ähnlichen Zwecken dienenden Verbänden und Organisationen sowie mit den Gesetzgebungsorganen und den Verwaltungen der Länder,
- d) Pflege internationaler Beziehungen zu gleichartigen Verbänden und Institutionen,
- e) Förderung der Rehabilitation, insbesondere der Eingliederung oder Wiedereingliederung Behinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft,
- f) Sicherung von Arbeitsplätzen für alle Behinderten, insbesondere Förderung der Arbeit der Schwerbehindertenvertretungen,
- g) Förderung behinderter Frauen und Jugendlicher durch Rehabilitation und Integration,
- h) Fürsorge für alte Menschen im Rahmen der Altenhilfe,
- i) Förderung der Erholungsfürsorge, insbesondere durch Unterhaltung von Erholungsheimen i.S.d. §§ 66 Abs. 3, 68 Nr. 1 a AO,

- j) Förderung des Siedlungs- und Wohnungswesens, insbesondere Förderung des behinderten- und altersgerechten Wohnungsbaus,
- k) Unterrichtung und Aufklärung der Mitglieder durch Herausgabe einer Landesbeilage zur Zeitung des Bundesvorstandes sowie sonstiger Informationen.

Der Reichsbund unterhält die zur Verwirklichung seiner Ziele notwendigen Einrichtungen.

4. Der Reichsbund ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

5. Mittel des Reichsbundes dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

6. Es darf keine Personen durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Dem Reichsbund können alle Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten, Arbeitsunfallverletzten, Sozialrentner, Behinderten, Sozialhilfeempfänger, deren Hinterbliebene und behinderte Jugendliche, die Zweck und Ziel des Reichsbundes unterstützen, beitreten.

2. Dem Reichsbund können alle natürlichen Personen sowie Personenvereinigungen, die dessen satzungsmäßige Ziele und Aufgaben unterstützen, als fördernde bzw. korporative Mitglieder beitreten. Fördernde und korporative Mitglieder erhalten keine Leistungen nach § 5 Abs. 1 a der Satzung.

3. Die Mitgliedschaft kann nur schriftlich beantragt werden. Die Aufnahme wird durch Aushändigung eines Mitgliedsnachweises bestätigt. Die Aufnahme kann abgelehnt werden, wenn es im Interesse der Organisation geboten scheint. Dagegen ist Beschwerde an den Landesvorstand und Berufung beim Bundesvorstand in entsprechender Anwendung des § 8 zulässig.

4. Personen, die nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, können nicht Mitglied werden.

5. Die Mitgliedschaft zum Reichsbund erlischt:

- a) durch Austritt, welcher der Organisationsgliederung, bei der das Mitglied geführt wird, schriftlich erklären muss,
- b) durch Tod,
- c) durch Ausschluss,
- d) bei Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

§ 5 Leistungen des Reichsbundes an seine Mitglieder

1. Der Reichsbund gewährt:

- a) Auskunft, Beratung, Hilfe bei der Fertigung von Anträgen, Verfolgung von Ansprüchen auf den speziellen Gebieten des Sozialrechts, die die Sonderinteressen der Gruppe (§ 4 Ziffer 1) betreffen, der das Mitglied zugeordnet ist;
- b) Rechtsschutz im Rahmen des § 7 Ziffer 3 bei Rechtsfolgen im Rahmen ihrer Funktion zur Wahrnehmung satzungsgemäßer Aufgaben für den Reichsbund gemäß den vom Bundesvorstand erlassenen Bestimmungen.

2. Auf Antrag kann der Bundesvorstand beim Ableben eines Mitglieds im Rahmen der vorhandenen Mittel und nach Maßgabe der vom Bundesvorstand erlassenen Richtlinien eine einmalige Unterstützung an Hinterbliebene gewähren. Für Mitglieder, die bei Eintritt in die Organisation nach dem 31.12.1962 das 66. Lebensjahr vollendet haben und für neu aufgenommene Mitglieder ab 01.01.1975 wird keine Unterstützung gewährt.

3. Alle Leistungen aus den vorstehenden Bestimmungen der Satzung werden im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten gewährt. Ein einklagbares Recht darauf steht den Mitgliedern oder Angehörigen nicht zu.

§ 6 Beitrag

1. Der Reichsbund erhebt einen Jahresmitgliedsbeitrag. Die Höhe des Beitrags und die Aufteilung zwischen Bundesvorstand und den Landesverbänden werden im Rahmen einer Beitragsordnung von der Bundestagung/Bundeskonferenz festgelegt. Die Beitragsanteile der Ortsgruppen und Kreise/Bezirke werden durch den Landesverband festgelegt.

Die den Landesverbänden und dem Bundesvorstand gehörenden Beitragsanteile dürfen für Zwecke der Ortsgruppen oder der Kreise/Bezirke weder angegriffen noch zurückgehalten werden. Vorstandsmitglieder, die dieser Bestimmung zuwiderhandeln, können ihres Amtes enthoben und ausgeschlossen werden.

2. Die Ortsgruppen können zur Bestreitung ihrer Ausgaben einmalige und/oder laufende Zuschläge zum Beitrag erheben. In den Ortsgruppen darf ein entsprechender Beschluss nur in einer mindestens sieben Tage vorher mit der Tagesordnung bekannt gemachten Versammlung gefasst werden. Zur Inkraftsetzung eines solchen Beschlusses der Ortsgruppen bedarf es der Genehmigung des Landesvorstandes.

3. Über die Erhebung von Sonderbeiträgen entscheidet der Bundesvorstand.

§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder des Reichsbundes i.S.v. § 4 Ziff. 1 können die Gewährung der in § 5 angeführten Leistungen beantragen. Für jedes Mitglied ist die Satzung verbindlich. Das Mitglied ist verpflichtet, die Beiträge pünktlich und regelmäßig zu entrichten.

2. Die Daten der Mitglieder können vom Reichsbund an Dritte übermittelt werden, soweit es für Zwecke und Ziele des Reichsbundes i.S.d. Satzung erforderlich ist und soweit das Mitglied nicht widerspricht.

3. Der Rechtsschutz nach § 5 Ziff. 1 b) wird auf Antrag gewährt und besteht in der Gestellung eines Prozessbevollmächtigten. Dieser wird vom Bundesvorstand bestimmt. Die Kosten der Vertretung trägt der Bundesvorstand.

§ 8 Ausschlussverfahren

1. Für den Ausschluss eines Mitglieds ist die Organisationsgliederung zuständig, bei der das Mitglied geführt wird. Diese Organisationsgliederung ist verpflichtet, den Sachverhalt gewissenhaft zu prüfen und dem Betroffenen Gelegenheit zu geben, innerhalb einer angemessenen Frist zum beabsichtigten Ausschluss Stellung zu nehmen.

Die Entscheidung ist dem Betroffenen unter Darstellung des Sachverhalts und mit ausführlicher Begründung schriftlich durch Einschreibebrief bekannt zu geben.

Gleichzeitig ist eine Abschrift der Entscheidung dem Kreis-/Bezirks- und Landesvorstand zu übersenden.

Ausschlussgründe liegen insbesondere vor, wenn das Mitglied

- a) den Interessen des Reichsbundes zuwiderhandelt,
- b) den Beschlüssen des Vorstandes, soweit sie satzungsmäßig begründet sind, nicht Folge leistet,
- c) sich entehrende Handlungen zuschulden kommen lässt,
- d) seinen Beitragspflichten seit mindestens drei Monaten nicht nachkommt.

Während des Ausschlussverfahrens kann die Zuständigkeit nicht durch einen Ortsgruppenwechsel aufgehoben werden.

2. Dem Betroffenen steht innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung das Recht zu, beim Landesverband schriftlich Beschwerde einzulegen. Gegen die Entscheidung des Landesvorstandes kann der Betroffene innerhalb eines Monats nach Zustellung schriftlich Berufung beim Bundesvorstand einlegen. Der Bundesvorstand entscheidet endgültig.

Die Entscheidung des Landes- bzw. Bundesvorstandes ist dem Betroffenen unter Darstellung des Sachverhalts und mit ausführlicher Begründung schriftlich durch Einschreibebrief mit Rückschein zuzustellen. Landes- bzw. Bundesvorstand können sich zur Vorbereitung der Entscheidung einer Kommission bedienen.

3. Landesvorstand und Bundesvorstand können in minder schweren Fällen statt auf Ausschluss auf eine Ordnungsmaßnahme erkennen.

Ordnungsmaßnahmen sind insbesondere:

- a) Erteilung eines Verweises,
- b) Verbot der Ausübung einer Funktion für eine Dauer bis zu zwei Jahren.

4. In dringlichen Fällen sind der Geschäftsführende Landesvorstand bzw. das Präsidium berechtigt, falls es im Interesse der Organisation notwendig erscheint,

- a) Funktionäre unverzüglich ihres Amtes zu entheben,
- b) einen Ausschluss sofort auszusprechen.

Solche Dringlichkeitsentscheidungen hat der Geschäftsführende Landesvorstand dem Landesvorstand bzw. das Präsidium dem Bundesvorstand baldmöglichst zur Entscheidung vorzulegen.

Gegen die Entscheidung des Landesvorstandes steht dem Betroffenen das Recht der Beschwerde an den Bundesvorstand zu. Der Bundesvorstand entscheidet endgültig. Für das Verfahren gilt Nr. 2 dieses Paragraphen.

5. Funktionäre können nur vom höchsten Organ, in das sie gewählt sind, ausgeschlossen werden. § 8 Nr. 4 bleibt unberührt.

§ 9 Organisation und Verwaltung des Reichsbundes

1. Der Reichsbund gliedert sich in Ortsgruppen, Kreise/Bezirke und Landesverbände, für die Bundestagung/Bundeskonzferenz besondere Satzungen beschließt. Die Geschäftsträger des Reichsbundes sind:

- a) Ortsgruppenvorstand,
- b) Kreis-/Bezirksvorstand,
- c) Landesvorstand,
- d) Bundesvorstand.

2. Für die in § 4 Nr. 1 aufgeführten Personenkreise können Fachgruppen gebildet werden. Diesen steht in Verwaltungs- und Kassenangelegenheiten keine Selbständigkeit zu. Zur Wahrnehmung der Fachgruppenangelegenheiten können Fachvertreter gewählt werden.

3. Die Einstellung und Entlassung von hauptamtlichen Mitarbeitern erfolgt durch den Bundesvorstand. Der Bundesvorstand beauftragt den Landesvorstand, im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand, die Einstellung und Entlassung hauptamtlicher Mitarbeiter vorzunehmen. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, entscheidet der Bundesvorstand endgültig.

4. Alle Gelder und sonstigen Vermögenswerte in den Ortsgruppen, Kreisen/Bezirken und Landesverbänden unterliegen der Aufsicht des Bundesvorstandes.

5. Ortsgruppen, Kreise/Bezirke und Landesverbände dürfen sich nicht in das Vereinsregister eintragen lassen.

§ 10 Die Landesverbände

1. Ein Landesverband des Reichsbundes wird für den Bereich eines Landes gebildet.

Andere Regelungen erfolgen durch den Bundesvorstand.

2. Der Landesvorstand wird von dem Landesverbandstag für die Dauer von vier Jahren, vom Tage der Wahl an gerechnet, gewählt; er bleibt jedoch bis zur Wahl eines neuen Vorstandes, die innerhalb eines Vierteljahres erfolgen muß, im Amt. Wiederwahl ist zulässig. Die Amtszeit endet mit der Neuwahl des Vorstandes.

Der Landesvorstand besteht aus:

- a) 1. Vorsitzende/r,
- b) zwei 2. Vorsitzende/r, mindestens eine der nach a) oder b) gewählten Personen muss eine Frau sein,
- c) Schatzmeister/in,
- d) Schriftführer/in,

e) Beisitzer/innen.

Die unter a) bis e) Aufgeführten dürfen nicht in einem Angestelltenverhältnis zum Landesverband und seinen Untergliederungen stehen.

Werden Fachvertreter gewählt, so gehören diese dem Vorstand mit beratender Stimme an.

Der Vorstand wählt aus seiner Mitte den Geschäftsführenden Landesvorstand, der mindestens aus den unter a) bis d) genannten Personen besteht. Scheidet eine der unter a) bis d) gewählten Personen vorzeitig aus dem Vorstand aus, so ist ein Nachfolger durch den Vorstand aus seiner Mitte innerhalb von drei Monaten zu wählen.

Die Amtsdauer währt bis zum nächsten Landesverbandstag oder bis zur nächsten Landesverbandskonferenz.

3. Zur Führung der Geschäfte kann durch den Bundesvorstand ein/e Landesgeschäftsführer/in bestellt werden. Die Einstellung erfolgt im Einvernehmen mit dem Landesvorstand. Die Vergütung trägt der Bundesvorstand. Der/die Landesgeschäftsführer/in untersteht der Dienstaufsicht des Landesvorstandes und hat dessen Beschlüsse und Anweisungen zu befolgen. Er/sie nimmt an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.

4. Der Bundesvorstand kann zur Führung der Geschäfte mehrerer Landesverbände nach deren Anhörung die Verwaltung zusammenlegen, wenn dieses im Interesse der Gesamtorganisation geboten ist. Zur Führung der Geschäfte kann im Einvernehmen mit den Landesvorständen durch den Bundesvorstand ein/e Geschäftsführer/in bestellt werden. Der/die Geschäftsführer/in untersteht der Dienstaufsicht des Bundesvorstandes.

5. Aufgaben des Landesvorstandes sind:

a) Werbungsmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Landesverbandes,

- b) Wahrnehmung der Interessen des Reichsbundes entsprechend der Satzung und seinen Programmen auf Landesebene,
- c) Unterstützung und Überwachung der Tätigkeit der Ortsgruppen und Kreise/Bezirke.

§ 11 Fachausschüsse des Landesvorstandes

Zur Unterstützung bei seinen Aufgaben kann der Landesvorstand

- a) einen sozialpolitischen Ausschuss,
- b) einen Organisationsausschuss,
- c) einen Frauenausschuss

bilden. Die Vorsitzenden und die Mitglieder dieser Ausschüsse werden unter Beachtung der fachlichen Eignung vom Landesvorstand berufen. Die Ausschüsse haben beratende Funktion. Sie sind in ihrer Tätigkeit selbständig.

§ 12 Die Revisoren/Revisorinnen

Zur Prüfung des Finanz- und Rechnungswesens des Landesverbandes sind mindestens drei Revisor/en/innen für die Dauer von vier Jahren zu wählen, die dem Landesvorstand nicht angehören dürfen. Wiederwahl ist zulässig. Sie wählen aus ihrer Mitte eine/n Sprecher/in. Der/die Sprecher/in oder der/die Vertreter/in nimmt an den Sitzungen des Landesvorstandes mit beratender Stimme teil.

§ 13 Der Landesverbandstag

Der Landesverbandstag findet alle vier Jahre, mindestens drei Monate vor der Bundestagung statt.

Die Aufgaben des Landesverbandstages sind:

- a) Entgegennahme der Berichte des Landesvorstandes und der Fachausschüsse (§ 11) und der Revisor/en/innen,

- b) Beschlussfassung über Werbungsmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit im Landesverbandsbereich,
- c) Beschlussfassung über Anträge an den Bundesvorstand und an die Bundestagung,
- d) Wahl des Landesvorstandes,
- e) Wahl der Revisor/en/innen,
- f) Wahl der Delegierten zur Bundestagung.

Am Landesverbandstag nehmen die von den Kreisen/Bezirken gewählten Delegierten und der Landesvorstand teil. Die Zahl der von den Kreisen/Bezirken zu entsendenden Delegierten wird vom Landesvorstand bestimmt. Die Frauen sind dabei angemessen zu berücksichtigen. Die Revisor/en/innen und der/ die Landesgeschäftsführer/in sowie Mitglieder der Fachausschüsse nehmen mit beratender Stimme teil.

Die Geschäfts- und Wahlordnung für den Landesverbandstag stellt der Landesvorstand auf.

Der Landesverbandstag ist dem Bundesvorstand rechtzeitig bekannt zu geben. An ihm hat ein Vertreter des Bundesvorstandes teilzunehmen.

§ 14 Die Landesverbandskonferenz

Die Landesverbandskonferenz findet nach Bedarf statt. Sie übernimmt in dringenden Fällen die Aufgaben des Landesverbandstages.

Die Landesverbandskonferenz besteht aus:

- a) dem Landesvorstand,
- b) den Kreis-/Bezirkvorsitzenden oder deren Vertreter/innen,
- c) einer vom Landesvorstand zu bestimmenden Zahl von Frauen,
- d) den Revisor/en/innen und dem/der Landesgeschäftsführer/in, die mit beratender Stimme teilnehmen.

Die Geschäfts- und Wahlordnung für die Landesverbandskonferenz stellt der Landesverband auf.

Die Landesverbandskonferenz ist dem Bundesvorstand rechtzeitig bekannt zu geben.
An ihr hat ein Vertreter des Bundesvorstandes teilzunehmen.

§ 15 Jugend im Reichsbund

Für Integ-Jugend im Reichsbund der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e. V. gilt diese Satzung in Verbindung mit den Richtlinien der Jugend im Reichsbund.

Der/die Landesjugendvorsitzende nimmt an den Landesvorstandssitzungen, dem Landesverbandstag und der Landesverbandskonferenz mit beratender Stimme teil.

§ 16 Auflösung des Reichsbundes

1. Die Auflösung des Reichsbundes kann nur in Urabstimmung innerhalb der Ortsgruppen mit 4/5-Mehrheit oder durch Beschluss einer Bundestagung mit 4/5-Mehrheit der stimmberechtigten Teilnehmer beschlossen werden.

2. Bei Auflösung des Landesverbandes oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke hat der Reichsbund das Vermögen für steuerbegünstigte Zwecke i.S.d. § 3 dieser Satzung zu verwenden.

§ 17 Geschäftsjahr

Als Geschäftsjahr gilt das Kalenderjahr.

§ 18 Errichtung und Inkrafttreten der Satzung

Diese Satzung wurde von der Bundestagung am 11.10.1991 beschlossen und tritt am gleichen Tage in Kraft.